

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erzheimat wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rotelestraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Rotomelzeit:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zum Friedensschluß

Während des Krieges haben wir nach Möglichkeit vermieden, unsere Kriegsgegner als „Feinde“ Deutschlands zu bezeichnen. Als jedoch die Friedensbedingungen bekannt wurden, mußte sich uns und wohl auch anderen doch die Ueberzeugung aufdrängen, daß wir es nicht mit Mächten zu tun hatten, denen es nur auf die Vernichtung des deutschen Militarismus und die Unschädlichmachung der früheren deutschen Machthaber ankam, sondern mit Feinden, deren Absicht darauf hinausläuft, das fleißige deutsche Volk in seiner Entwicklung soviel wie möglich zu schädigen und es lange Zeit hindurch auszubeuten. Entsetzlich sind die Leiden, die der uns mit brutalster Gewalt aufgezwungene „Vertrag“ über uns verhängt. Auf Einzelheiten einzugehen, ist hier unmöglich, schon allein deswegen, weil es über Fassungskraft und Erkenntnisvermögen des einzelnen hinausgeht, alle Folgen dieses „Vertrages“ zu überblicken. Man wird über die deutsche Regierung denken wie man will, jedenfalls wird man anerkennen müssen, daß sie sich ehrlich bemüht hat, Milberungen durchzusetzen, und daß es nicht ihre Schuld ist, wenn diese Bemühungen keinen besseren Erfolg hatten.

Wer noch immer hoffte, daß eine Weltrevolution uns vor einem solchen Frieden bewahren möge, wird jetzt wohl endlich einsehen, daß sein Hoffen eitel war. In den Ländern der Entente liegt der Imperialismus zu fest im Sattel. Die Wenigen, die in anerkennenswerter Weise sich bemüht haben, diesen „Frieden“ zu verhindern, sind in hoffnungsloser Minderheit. Die Arbeiterchaft dieser Länder wird von ihren Machthabern und Ausbeutern jetzt auf den Milliardenregen verdrängt, den man dem gedrückten deutschen Volke auspressen will, und wir fürchten, daß die Mehrheit der Arbeiterchaft darauf hereinfallen wird.

Schon öfters haben wir gehört, daß, wenn der Krieg mit einem Siege der Mittelmächte geendet hätte, auch der Feinde ein harter Friede auferlegt worden wäre. Das stimmt ohne Zweifel. Dann wären die Hohenzollern noch am Ruder gewesen und hätten im Verein mit den Alldeutschen schon für einen Gewaltfrieden gesorgt. Wer weiß, wie viele, die sich heute sehr radikal gebärden, dann diesen Leuten Befolgenschaft geleistet hätten! Die deutsche organisierte Arbeiterchaft hätte aber nichtsdestoweniger ohne Zweifel eifriger und nachdrücklicher gegen einen solchen Gewaltfrieden gewirkt als die ausländische, aber auch diese Bemühungen Erfolg gehabt hätten, müssen wir dahingestellt sein lassen.

Für das deutsche Volk beginnt jetzt eine schwere Zeit. Ihm werden Gebietsstücke entzogen, die für sein Wirtschaftsleben sehr wichtig waren. Volksgenossen sollen unter fremde Herrschaft kommen, die bis zuletzt in rührender Weise behauptet haben, daß sie Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen. Dem deutschen Volke werden Zwangsmaßnahmen auferlegt, nicht nur um es auszubeuten, sondern ebendenn noch in der ausgesprochenen Absicht, das deutsche Volk zu entehren. Daß aber alle diese Maßnahmen durch allerbrutalsten Zwang erfolgen, das raubt ihnen aber zugleich das Ehrenerkende, das sie nach der Absicht ihrer Urheber haben sollen. Nicht unsere Schande ist der Friedensvertrag, sondern die der Sieger! So schlimm auch die Leiden sind, die uns bevorstehen, so brauchen wir die Sieger dennoch nicht zu beneiden. Obendrein werden auch ihre Bäreme nicht in den Himmel wachsen.

Ferner ist im deutschen Volke die Ansicht allgemein, daß dieser Weltkrieg noch nicht der letzte Krieg sein wird. Auch dieser Ansicht müssen wir leider beipflichten. In den Ententeländern haben Kapitalismus und Imperialismus durch den Kriegsausgang eine weitere Stärkung erfahren und es müßte merkwürdig zugehen, wenn dies nicht mindestens zu einem weiteren Kriege führen sollte. Auch in Deutschland werden die Anhänger der Völkerverführung in den nächsten Jahrzehnten einen schweren Stand haben. Immerhin wagen wir noch zu hoffen, daß die furchtbaren Erfahrungen während des Krieges und außerdem noch dessen Folgen bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes für alle Zeiten die Lust am Kriege ausgelöscht haben werden. Da aber immer noch weitere Kriege nicht unmöglich sind, müssen wir uns leider auf die Hoffnung beschränken, daß wenigstens Deutschland davon verschont bleiben möge. Die letzten Wochen haben dem deutschen Volke viel Aufregung gebracht. Wer nun aber glaubt, daß jetzt, nachdem der Friede unterzeichnet ist, die schlimmsten Aufregungen vorüber sein werden, irrt. Die Friedensbedingungen sind so drückend schwer, daß viele sie für unerfüllbar halten, selbst wenn das deutsche Volk sich die größte Mühe gibt. Auf alle Fälle wird die Erfüllung unsagbar schwer fallen. Die Machthaber der Entente haben aber schon vor der Unterzeichnung mitgeteilt, daß sie Deutschland für die volle Erfüllung der Friedensbedingungen verantwortlich machen werden. Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß sie auf ihrem Ehem bestehen werden und daß es ihnen nicht an Werkzeugen zur Ausführung ihrer Drohung fehlen wird, ebenso wie in Ost und West schon Truppen standen, die gerne bereit waren, in das wehrlose Deutschland einzufallen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist auf dem Wege, sich vom einheimischen Kapitalismus zu befreien. Statt dessen wird sie in noch schwerere Fesseln für den ausländischen Kapitalismus gefesselt. Jetzt müssen deutsche Arbeiter für das ausländische Kapital Mehreinkommen schaffen und ausländische Arbeiter hoffen, an der Vernichtung teilzunehmen zu dürfen. Das muß sich in Zukunft bei allen gesetzgeberischen und wirtschaftlichen Maßnahmen bemerkbar machen, nicht zum mindesten auch bei allen Lohnbewegungen. Darüber wird noch vieles zu sagen sein.

So liegt die Zukunft dunkel vor uns. Sollte sie sich trotz aller Anzeichen klarer gestalten, so mögen wir uns dessen freuen, wenn es soweit ist. Einzuweichen ist es aber noch nicht danach aus. Und auch selbst im günstigsten Falle kann es sich nur um eine Verringerung unserer Leiden handeln. Mögen diese Leiden aber für das deutsche Volk zu einer Schule werden, die es für seine Kulturaufgaben vorbereitet. Wir können bei dieser Gelegenheit nur wiederholen, was wir schon früher gesagt haben, nämlich, daß man heutzutage den Kulturbau eines Volkes nur nach dem Stande seiner Arbeiter-

klasse beurteilen kann. Mögen die Angehörigen der besitzenden Klasse in Frankreich, in England, in Amerika oder in Italien eine noch geistigere Ueberkultur haben als in Deutschland, das schenken wir dem Ausland. Die deutsche Arbeiterchaft darf sich aber trotz aller Schädigungen während der letzten fünf Jahre neben ihren ausländischen Klassengenossen sehen lassen. Und das ist es, was uns für die Zukunft mit neuem Mut erfüllen muß. Das muß jedem Kollegen und Genossen helfen, in der schweren Zeit seine Menschenwürde zu bewahren und sich davon zu hüten, nun nicht auch noch in geistige und moralische Knechtschaft zu fallen. Wir werden schwer zu arbeiten und zu ringen haben, um so mehr, da die Friedensbedingungen offenbar noch den Lebenswech haben, dem aufstrebenden deutschen Sozialismus einen tödlichen Schlag zu versetzen. Kollegen, tragt euren Teil dazu bei, daß das verzeihliche Verbrechen unserer Hoffnung ist das sozialistische Deutschland, das wir herbeiführen werden, trotz alledem!

Erste Konferenz der Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Die gegenwärtige Lage im Verbandsrat hatte den erweiterten Beirat zu dem Beschlusse veranlaßt, zum 16. bis 18. Juni eine Konferenz der ersten Bevollmächtigten in den Verwaltungsjahren und des erweiterten Beirats nach Stuttgart einzuberufen und auf deren Tagesordnung zu setzen: Die gegenwärtige Situation im Verbandsrat. Zweck dieser Konferenz war auch ungenügend ersichtlicher, so hat der Verlauf der Konferenz doch gezeigt, daß sie notwendig war und auch nicht ohne Erfolg geblieben ist. Selbstverständlich konnte diese Konferenz, da sie nicht zu den sachgemäßen „maßgebenden Verbandsinstanzen“ gehört, keine bindenden Beschlüsse fassen. Ihr Hauptzweck war, die Kollegen in den Verwaltungsjahren durch den Mangel ihrer Bevollmächtigung über die Lage im Verbandsrat zu unterrichten. Ueber diesen Gesichtspunkt hatte der erweiterte Beirat dem Vorschlag zur Einberufung der Konferenz seine Zustimmung gegeben. Dem berechtigten Wunsch der Mitglieder, auch in ihren Verbandsabteilungen einen Bericht über die Konferenz zu finden, der auch nur einigermaßen ein Bild vom Verlaufe der Verhandlungen gibt, können wir infolge des allmählich bis zum Zustande der Zämerlichkeit ausgemachten Papiermangels zu unserem großen Bedauern nicht genügen. Wir müssen uns darauf beschränken, in möglichst kurzer Form das Ergebnis mitzuteilen, unsere Kollegen im übrigen auf den stenographischen Bericht zu verlassen und sie bitten, bis zu dessen Erscheinen mit ihrem Urteil zurück zu halten.

Der Vorstand hatte den Teilnehmern an der Konferenz eine 43 Seiten starke Druckschrift vorgelegt, worin er über die nach seiner Meinung unzureichende Entlassung von Verbandsangestellten in Leipzig, Göttingen, Hanau, Braunschweig, Merseburg, Halle, Danzig, Bremen und Stuttgart berichtete. Ferner enthielt die Schrift die verschiedenen Kundgebungen des Vorstandes in dieser Sache, die Zuschrift des Kollegen Haas in Nr. 22 der Metallarbeiter-Zeitung, einen Bericht über die Sitzung des erweiterten Beirats am 15. und 16. Mai und anderes.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erhielt Kollege Reichel das Wort zu einem annähernd zweiündigen Vortrag, worin er zunächst die für die künftige Tätigkeit des Verbandes zum sehr großen Teil maßgebende wirtschaftliche Lage und den Einfluß der Friedensbedingungen auf diese schilderte. Die Ausführungen des Kollegen Reichel enthielten ferner ein unumwundenes Bekenntnis zum Sozialismus. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß von einem Wiederaufleben des Kapitalismus alten Schlages unter keinen Umständen die Rede sein könne. Die Rechte der Arbeiter müßten ausgebaut werden und es müßte alles geschehen, um ein Wiederaufkommen der kapitalistischen Herrschaft zu vermeiden. Die deutsche Arbeiterchaft müsse Wegweiserin für die Völker der anderen Länder zum Aufstiege zu einer höheren Kultur sein. Wenn dies geschehen solle, so dürfe die leider vorhandene bedauerliche Spaltung der deutschen Arbeiterchaft in mehrere politische Parteien sich nicht auf ihre wirtschaftlichen Organisationen übertragen. Auch auf diesem Gebiete müßten wir rationell arbeiten nach dem Grundsätze des besten Wirkungsgrades.

Kollege Reichel wandte sich dann zu den Vermittlungen über die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften. Ein Teil dieser Vermittlung wurde zu Unrecht erhoben. Wir müßten uns aber insofern in gewissen Umfang schuldig erklären, als wir vor dem Kriege viel zu lange und zu viel zu geringen Löhnen gearbeitet hätten. Dadurch hätten wir dem Kapitalismus seine treibhausmäßige Entwicklung ermöglicht. Daran seien aber nicht die Vorstände, nicht die Bezirksleitungen schuldig, sondern die, die vor dem Kriege nicht den Weg zur Organisation fanden und die uns wie im Geigenlicht bei den wirtschaftlichen Kämpfen gehindert haben. (Sehr richtig.) Viele, die heute die Kriegspolitik verurteilen, seien gar nicht zu einem solchen Urteil berechtigt. Viele, die früher den gelben Werkverreinen angehört, glaubten, uns heute Vorwürfe machen zu können. (Sehr richtig.) Der Krieg habe nicht verhindert werden können, auch nicht seine Abmilderung. Viele Kritiker hätten den Vorwurf erst nach dem 9. November entworfen. (Sehr richtig.) Besonders ausführlich wandte sich Kollege Reichel gegen den Vorwurf, daß die Gewerkschaftsführer die Kriegspolitik der früheren Machthaber unterstützt hätten und gab Beispiele vom Gegenteil. Der Krieg hätte nur durch internationales Zusammenwirken der Arbeiterchaft abgelehrt werden können. Dies hätten jedoch die Machthaber der Entente durch die bekannten Kapverweigerungen verhindert. Wenn schon Vorwürfe gemacht werden sollten, so seien sie auch gegen die Munitionsarbeiter zu erheben, die Ueberstunden über Ueberstunden machten, auch dann noch, als der Vorstand für deren Beschränkung eintrat. Der sogenannte Burgfriede sei niemals offiziell oder inoffiziell abgeschlossen worden, sondern er habe sich ganz von selbst durch die Verhältnisse ergeben. Unter der Hand habe der Vorstand den Kollegen schon damals mehr Aktivität empfohlen. Leider sei dieser Rat damals wenig oder gar nicht beachtet worden.

Den Vorwürfen über das Zusammenkommen des Hilfsdienstgesetzes stellte Kollege Reichel die Tatsache gegenüber, daß gerade dieses der Arbeiterchaft ermöglicht habe, durch Lohnbewegungen ihre Lage zu verbessern. Diese Tatsache sei auch nicht ohne Schuld daran, daß unser Verband 1.380.000 Mitglieder und über 600 Verwaltungstellen habe. Wenn man dies ins Auge fasse, dann könne man nicht behaupten, daß seine Tätigkeit schuldig gewesen sei.

Im Vergleich zu ihren großen Verdiensten in Sachen des Arbeiterschicks, der Generalkommission seien dieselben Grenzen gezogen gewesen wie der Arbeiterchaft und den Gewerkschaften.

Zur Lage in unserm Verbandsrat übergehend, verwies Kollege Reichel auf die den Teilnehmern vorgelegte Druckschrift und legte gegen die dem Vorstande unterstellten Spaltungsabsichten feierliche Verwahrung ein. Weiter beschäftigte Kollege Reichel sich noch mit der Sozialisierungsfrage und der Rätefrage. Das Räteystem allein könne die Krankheit des deutschen Volkes nicht heilen. Nach seiner persönlichen Meinung sei er für das wirtschaftliche Räteystem, aber gegen das politische.

Zum Schluß wandte sich Kollege Reichel gegen die in einigen Verwaltungsjahren eingeriffene Unzulässigkeit, Gefinnungsverfolgung und Maßregelungspolitik. Für die Anstellung und das Verbleiben von Verbandsbeamten dürfe nicht ihre politische Ueberzeugung maßgebend sein, sondern nur ihre gewerkschaftliche Tüchtigkeit.

Der Redner unterbreitete der Konferenz sodann noch folgende Richtlinien für die Wahl der Funktionäre und Vertrauensmänner im Deutschen Metallarbeiter-Verband:

1. Die Wahl oder die Bestellung der Vertrauensmänner des Verbandes einschließlich der besoldeten Angestellten erfolgt nach dem Grundsatz der persönlichen Tüchtigkeit und der Eignung für das beststehende Amt.

Die Zugehörigkeit zu einer der beiden sozialdemokratischen Parteien oder zur kommunistischen Partei darf kein Grund zur Ausschließung von einem besoldeten oder einem Ehrenamt im Verband sein.

2. Die in letzter Zeit wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei mehrfach vorgenommenen Entlassungen von Angestellten aus dem Verbandsdienst qualifizieren sich als Maßregelungen schlimmster Art. Sie stehen im Widerspruch mit den Grundsätzen des Verbandes, dessen vornehmste Aufgabe es mit ist, seine Mitglieder in den industriellen und handlichen Betrieben gegen Verfolgung und Schikanen wegen ihres Eintretens für den Verband und die allgemeinen Arbeiterinteressen zu schützen.

3. Maßregelungen von Arbeitern und Angestellten wegen ihrer abweichenden politischen Bestimmung oder wegen Antonsens für die Interessen ihrer Mitarbeiter sind reaktionärer Natur und unvereinbar mit einem modernen Arbeiterrecht, wie es durch die Revolution vom 9. November 1918 angebahnt ist und durch den weiteren gesetzlichen Ausbau des Arbeiterrechts vollendet werden soll.

4. Die vorgenommenen Maßregelungen sind geeignet, den Verband und seine Weiterentwicklung zu hindern. Vor allem tragen sie den bedauerlichen Zwiespalt in der politischen Arbeiterbewegung auch in den Verband hinein und verhindern dadurch ein entsprechendes Zusammenarbeiten im Interesse der Arbeiter. Ungenügt hingenommen würden sie den Unternehmern — namentlich in Zeiten großer Arbeitslosigkeit — eine willkommene Gelegenheit und die beste Begründung dazu geben, ihnen unbenutzbar gemordete Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen.

5. Es liegt deshalb im allgemeinen Verbands- und Arbeiterinteresse, Maßregelungen von Verbandsangestellten und ehrenamtlich tätigen Vertrauensmännern des Verbandes mit aller Entschiedenheit zu verhindern. Als Arbeitgeber muß der Verband gegenüber seinen Angestellten vor allem die Grundsätze anwenden, die er zum Schutze der Interessen seiner Mitglieder in den Gewerbe- und Industriebetrieben selbst aufgestellt hat, die er stets angewendet und die er weiter anzuwenden fest entschlossen ist.

6. Es kann ferner nicht gebilligt werden, wenn andersdenkende Arbeiter in den Gewerbe- und Industriebetrieben durch Drohungen und Anwendung von Zwang (passive Resistenz, Arbeitsverweigerung) zum Ein- oder Uebertritt in den Verband veranlaßt werden sollen. Die Einzelorganisationsform der deutschen Metallarbeiter, die wir anstreben, kann nur auf dem Wege der Entwicklung und der systematischen Förderung der Selbstkenntnis der Arbeiter von der Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der deutschen Metallarbeiter erreicht werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die Konferenz beschlossen, daß die Kollegen, die mit der Stellungnahme des Vorstandes nicht einverstanden sind, einen aus ihrer Mitte bestimmenden Vertreter, den ebenfalls unbeschränkte Redezeit zu gewähren sei. Die Wahl traf den Kollegen Richard Müller aus Berlin. Dieser sprach zunächst 2 1/2 Stunden lang und führte unter anderem folgendes aus: Was an Sozialisierung bis jetzt geleistet wurde, ist so gut wie gar nichts und genügt uns nicht. Wir stimmen mit Reichel überein, daß die Arbeiterchaft mehr als bisher wird arbeiten müssen (Gut, hört!), aber wir haben unseren Kollegen weiter gesagt: Ihr sollt nicht arbeiten zur Aufrechterhaltung einer neuen kapitalistischen Produktionsform, sondern um den Sozialismus zu verwirklichen. Wenn wir von Kriegspolitik der Gewerkschaften sprechen, dann besprechen wir nichts weiter als die Politik der Mehrheitssozialisten, denn die Gewerkschaften sind es doch, die die Mehrheitspartei auf ihre Politik gedrängt haben. Die Opposition im Verbandsrat ist herausgebrochen aus der Kriegspolitik, die gestiftet wurde durch die Gewerkschaftsführer. Er verziehe nicht, daß man nun sage, die deutsche Regierung habe keine Schuld am Kriege gehabt. (Große Unruhe. Zwischenruf: Das hat niemand behauptet!) Der Burgfriede sei am 2. August 1914 proklamiert worden, indem man alle Lohnbewegungen abbrach und keine neuen begann. Der Redner verbreitete sich dann noch über die verschiedenen Strafsachen während der Kriegszeit und den Aufruf des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung von 1918. Die Kollegen, die gegen diese Politik waren, wurden nicht nur politisch verfolgt, sondern auch wirtschaftlich geschädigt. Die Kriegspolitik der Regierung wurde immer mehr wütende Anreizpolitik. Die Gewerkschaftsführer und ihr Anhang haben dagegen nichts unternommen als lehrerlehre Proteste, auch nichts gegen den Gewaltfrieden von Versailles. Reichel hat darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften erst durch das Hilfsdienstgesetz ihren Aufstieg erhalten haben. (Sehr richtig.) Damit stimmt auch die Deutsche Tageszeitung überein. (Kollege Müller las die Stelle vor.) Das Hilfsdienstgesetz ist von unseren Gewerkschaftsführern nicht zu rechtfertigen. Denn Kollegen, die mit besonderer Schärfe dafür eintreten, nicht wiedergewählt werden, so ist das begründlich. Er behaupte, daß Reichel zu wenig über das Räteproblem gesagt habe und sehe sich deshalb genötigt, ausführlicher darauf einzugehen. Das Räteproblem ist keine theoretische Spintifizerei oder gedanklenloses Nachdenken, sondern es wächst heraus aus dem revolutionären Mutterboden, auf dem wir uns in Europa befinden. Das Proletariat ringt nach seiner Befreiung. Diese ist in greifbarer Nähe gerückt. Wir werden noch oft nach Ausland bilden müssen, um aus den dort begangenen Fehlern zu lernen. Allerdings kann es nicht sofort eine grundlegende, alle befristende Regelung geben. Wir werden noch Teile von uns behalten müssen. (Lach.)

Kollege Müller behauptete, daß Reichel so wenig über die Arbeitsgemeinschaft gesprochen habe, denn darüber werde es in den nächsten Wochen noch einen Kampf in unserer Mitgliedschaft geben. Er bezog sich in seiner weiteren Ausführungen über die Arbeitsgemeinschaft auf einen Vortrag darüber, den Dr. F. Reichert (Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) gehalten hat. Die Frage könne letzten Endes doch nur vom Verbandstag gelöst werden.

Den besonderen Vorn des Kollegen Müller hat sich die Metallarbeiter-Zeitung ausgezogen, weil sie gezeugen war, die Aufnahme einer längeren Aufschrift von ihm abzulehnen. Auch in seiner Rede kam er darauf zurück.

Die Käteorganisation, die von der Regierung geplant und von den Gewerkschaftsführern gutgeheißen worden ist, ist keine Käteorganisation. Die Arbeitsgemeinschaft wird ergänzt durch das Gesetz über die Betriebsräte und durch das Gesetz über den Arbeitsfrieden. Diese Wirtschaftspolitik wird unterstützt durch die Gewerkschaftsführer und durch die Unternehmer.

Kollege Müller unterwarf dann den Regierungsentwurf über die Betriebsräte und den angeleglichen Eisehenwurf über den Arbeitsfrieden seiner Kritik und erklärte, er sei gerne bereit, zu sagen, wie er um seine Freunde das Maßesystem aufbauen wollten. Dazu sei aber die Zeit schon zu weit vorgeschritten. Zum Schluß wandte er sich noch gegen die Vorlegung der Richtlinien. Die Konferenz sei nicht berechtigt, darüber abzustimmen.

Damit war der erste Sitzungstag zu Ende. Die Aussprache dauerte während des ganzen zweiten Sitzungstages und nahm noch den Vormittag des dritten Tages in Anspruch. Auch in der Aussprache sind ja die Meinungen stark auseinandergeklüht. Selbstverständlich waren sämtliche Redner von den besten Absichten gegen den Verband befeuert und es tut uns leid, daß wir an dieser Stelle nicht ausführlicher über die Aussprache berichten können. Hervorheben wollen wir nur, daß in der Aussprache unter anderem bedauert wurde, daß Kollege Müller den größten Teil seiner Redezeit dazu verwendet hatte, die Gewerkschaftsführer zu tadeln, anstatt zu zeigen, wie er und seine Freunde sich das Maßesystem denken. Wir müssen unsere Kollegen auf den stenographischen Bericht hinweisen. Nachdem 26 Redner gesprochen hatten, wurde am Vormittag des 18. Juni die Aussprache geschlossen. Dann folgte noch eine Plut von persönlichen Bemerkungen und ein Schlußwort des Kollegen Reichel.

Darauf entspann sich noch eine lebhaft Auseinandersetzung darüber, ob die Konferenz berechtigt sei, über die Richtlinien abzustimmen. Nachdem jedoch der Kollege Haas (Köln), ohne Widerspruch zu finden, erklärt hatte, daß wohl vier Fünftel der Anwesenden mit den Richtlinien einverstanden seien, erklärten die Vertreter des Vorstandes, von einer Abstimmung abzusehen.

Kollege Zernide wies in seinem Schlußworte noch einmal darauf hin, daß die überwiegende Mehrheit der Anwesenden auf dem Boden der Richtlinien stände, und schloß die Konferenz mit der Mahnung, nun auch danach zu handeln.

Der Streit im Verbands

Vorschläge zur Besserung.

Den Bruderstreit in unserm Verbands wird jeder gewissenhafte Verbandskollege aufs tiefste beklagen und jeder von ihnen möchte trachten, ihn zu beenden oder doch wenigstens zu mildern. Keller Erfolg läßt sich in der vertretenden Gegenwart nur schwer erwarten. Zuerst muß er erstirkt werden. Der Preis wiegt die größte Anziehung auf. Die Lebensarbeit vieler von uns wäre umsonst gewesen, die Zukunft der gesamten Metallarbeiterchaft steht auf dem Spiele. Gewiß, der Streit datiert nicht erst von heute und gestern. Er hat schon fast das Flegelalter erreicht. Durch den Krieg mit seinen Folgen aber ist er beträchtlich vertieft und verschlimmert worden. Der weisersehende Geist hätte durch den Abbruch einer zwei-, vierjährigen Entzweiung die Verschlimmerung schon können und ihr vorbeugen müssen. Dem jähzürer blidenden Auge boten die letzten Generalversammlungen, von den vielen anderen Gelegenheiten ganz zu schweigen, der Warnungszeichen genug. Sie sind nicht erkannt oder von denen, die dazu berufen, nicht beherzigt worden. So konnte das Kriegsende ein schon vorgelodertes Schiffe finden und leicht seine Risse bis zur Gefährlichkeit vertiefen. Das kann nicht wundernehmen.

Die Windsbraut, die am Kriegsende anhub und nun über den ganzen Erdball jagt, festgesetzte Staaten zertrümmert, Throne umstürzt, Kronen in die Gasse bläst, allerwärts Schiffe heillos verunzigt, kann natürlich nicht spurlos an unserm Organisations- und Ideengebäude vorübergehen. Dieses ist dem zerstörenden, aber auch jammervollen und heimtückenden Sturmwind ebenso ausgesetzt wie alles andere. Seine Grundzüge, seine Einrichtungen, seine Kräfte und deren geistiges Vermögen werden einer schweren Belastungsprobe unterworfen. Ob die Probe bestanden wird, werden wir bald genug erfahren. Das an Menschheit, Geist und Einrichtungen gesunde, widerstandsfähige ist, wird und muß erhalten bleiben, das andere — vielleicht noch mehr — wird vergehen.

Zu diesem „vielleicht noch mehr“ kann man heute schon oiele, wenn nicht alle der wegen ihrer politischen Ueberzeugungsstreue abgesetzten Beamten rechnen. Viele, wenn nicht alle, sind gegangen worden, weil sie nicht umgelernt haben. Sie wurden auf die Straße gesetzt wegen ihrer politischen Gesinnung. Diese Maßregelungen müssen als schwer ertragbare Hypothek auf einer Organisation lasten, die von jeher und erstrebend gegen Maßregelungen ihrer Mitglieder wegen politischer Gesinnung ausgeht. Dieser Beamten Mangel und Schwachheit für den Verband ist, soweit zu sehen ist, nirgends in Frage gestellt worden. Sie wurden beiseite geschoben, weil man sie als Verkörperung von Zuständen, die der revolutionären Gegenwart nicht würdig gehalten, ansah; weil sie dem Drang nach Veränderung von Einrichtungen oder Bestimmungen von Anordnungen als im Wege stehend betrachtet wurden. Das ist lebhaft zu bedauern um der betroffenen Beamten willen, aber noch viel mehr um der Organisation willen. Das letztere zum ersten deshalb, weil wir an gesunden, widerstandsfähigen Angehörigen jüngerer Stange haben, solcher in allerhöchster Zeit noch viel dringlicher denn in der Vergangenheit bedürfen; zum andern, weil mit dem Entlassungsbescheid dieser Beamten das schwärzeste Kapitel der Verbands-geschichte geschrieben worden ist, das uns immer und immer wieder aufgeschlagen werden wird. Bald wird es für die an empfindlichsten werden, die es schreiben.

Das alles klagen nicht Geschickliche nicht ungeheuer. Auch ist mit Änderungen zu verfahren und Einstich jetzt wirksam zu erreichen. Der Wandel, der die Dinge umwandelt, macht die Organisierung. Auch lassen sich unsere organisatorischen Schwachheiten in dem Maße der Verbesserung zugewandt erweisen. Nicht der Wandel, sondern der Fortschritt ist die Lösung.

Was ist gewiß, wenn wir heutigen nicht ein Geschick zum Dingen, sondern der Ernst fähig sein wollen, muß die Einigkeit bedinglich hergestellt werden, ist uniges Zusammenarbeiten notwendig. Mit diesen beiden Vorbedingungen des Erfolges war es, wie unwahrscheinlich bekannt, schon seit Jahren nicht zum besten bestellt. Das liegt in man glaubt, daß diese Einrichtungen verabschiedet werden. Dieser Gedanke müssen die Gegenmittel entsprechen. Um es zu befestigen, kann die Hand nicht großartig, der Blick nicht weit genug sein.

Zu den wichtigsten Ursachen unseres Streites zählt das Mangel an Vertrauen zwischen Parte und Führer, zwischen Mitgliedern und Beamten. Ob es berechtigt ist, Vertrauen nicht zu setzen, das es besteht, Vertrauen in Reich und Reich wird

fest geglaubt, daß die Führer andere als der Mitglieder Interessen vertreten oder sich, um es milde auszudrücken, bei dieser Interessenvertretung von unrichtigen Anschauungen leiten lassen. Diesen Glauben entspringen Stimmigkeiten, die Anträge auf Einsetzung von Ueberwachungskommissionen, auf Absetzung von Beamten, auf freies Verfügungsrecht über den Lokalkassenbestand; aus diesem Glauben entspringt die rauhige Kritik am Vorstand, der Beifall für die Opposition und anderes aufstrebend, für ein besseres Verhältnis zu sorgen oder ihre Beweggründe darzulegen. Von der mißmutigen Mitgliedschaft kann man nicht erwarten, daß sie die Schwierigkeiten und die Beweggründe der ersten Beamten so kennt, um der Kritik gegenüber kühl zu bleiben. So ruft sie denn nach anderen, besseren Beamten, nach solchen, denen sie glaubt, vertrauen zu können. Bei dem Versuch, ihr Verlangen zu verwirklichen, drängt sich ihr das Gefühl oder die Tatsache auf, daß ihr Mitbestimmungsrecht ungenügend sei; daß es erweitert werden müsse und könne. Dieses Gefühl oder die Tatsache ärgert in der revolutionären Gegenwart bedeutend mehr als in der friedlichen Vergangenheit. Die demokratische Werte, die jetzt durch die Welt geht, hat eben auch die Mitgliedschaft erfasst. Wenn müßte das nicht freudig stimmen?

Ich für meinen Teil begrüße diese demokratische Welle. Sie wird, wenn beacht, unsere Organisationsmängel viel erträglicher machen. Wenn wir behaupten, daß das meiste Mitbestimmungsrecht der Wähler nur zu deren Wohlfahrt ausfließen kann, so muß diese Wahrheit auch für das Verbandswohl richtig sein. Dabei zu verweilen, ist nicht nötig, da hierin, wie ich meine, bei uns allenthalben Einigkeit besteht. Es kann sich nur noch darum handeln, dieser Erkenntnis festere Form zu geben und sie zu verwirklichen.

Als ersten Schritt zur Erhöhung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder erachte ich die

Einführung der Verhältniswahl

von oben bis unten. Das heißt, fortan soll überall da, wo es sich um zwei oder mehr Mandate handelt, durch Statut die Verhältniswahl eingeführt sein für die Vertreter zu Konferenzen, Generalversammlungen, Gewerkschaftskongressen internationalen Zusammenkünften, den Hauptvorstand, den Ortsverwaltungen und ihren Kommissionen. Das Obligatorium der Verhältniswahl ist gegeben, wenn mehr als ein Wahlverfahren besteht. Für den Hauptvorstand sollte schon auf der nächsten Generalversammlung die Verhältniswahl angewendet werden. Wo es sich nicht um gleichartige Personen handelt, wie bei den Ortsverwaltungen und dem Hauptvorstand, jedenfalls bei diesen, müßte, nachdem die Funktionäre gemeinsam durch Verhältnisverfahren ernannt, noch ein Wahlverfahren stattfinden, wodurch noch die Vertreter für die beschiedenen Posten (Vorstand, Kassier usw.) durch einfaches Wahlverfahren bestimmt werden, sofern es nicht rascher erscheint, die Stellenbestimmung den Gewählten selbst zu überlassen. Diese Art der Stellenbestimmung wird den allermeisten Ortsverwaltungen schon genügen.

Zu dieser Veränderung muß meines Erachtens, soll ihr Zweck besser erreicht werden, noch die Vermehrung der besoldeten Vorstandsmglieder auf neun (drei Vorstände, zwei Kassierer, vier Sekretäre) kommen. Dieser Vorschlag hätte schon vor Jahren kommen müssen. Schon in Friedenszeiten waren für die vier Beamten mehr Arbeiter, Leiter und Helfer da, als gut schien. Sie waren viel zu viel überlastet, zusätzlicher ihrer zu viele vom Verbandswohl abwesend. Der Mangel ist nun noch viel mehr geworden durch die gewaltige Zunahme der Mitglieder, wie durch die Erweiterung des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises (Sozialisierung, Kätwesen, Abgerechnetenmandate usw.). Für die Vermehrung der Vorstandskamern spricht vor allem aber die Notwendigkeit, der über den anderen Richtungen der Mitgliedschaft eine zureichende Vertretung im Hauptvorstand, die gütigste Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Ideen und Tatkraft zu sichern. Diesen Grund hatte ich für den weitans wichtigsten. Er hätte schon längst geltend gemacht und ihm nachgegeben werden sollen. Von der Vertretung der Minderheit in den Verwaltungen, besonders aber im Hauptvorstand, verspreche ich mir eine recht heilsame Wirkung auf unser ganzes Verbandsleben. Doch darüber wird noch einiges zu sagen sein.

Kräfte und Ideen bereichern — Würde und Würde verteidigen.

Wir verlassen uns nicht mehr! Die Worte und Absichten der einen Seite werden mit Mitleiden und Widerstand der anderen Seite beantwortet. Und doch soll, was für mich feststeht, jede Seite das Beste. Jede wird für sich in Anspruch nehmen, den besseren, kürzeren Weg zu diesem Ziel zu haben. In dem Streben nach dem Ziel muß man haben die drüber genüge, technische, praktische Hindernisse, oder glaubt jeder zu sehen, gegen die dann Sieg und Tat getrieben werden, jedoch darüber das allen gemeinsame Ziel in den Hintergrund geschoben, sein vergessen wird. Es muß beachtet werden, die bei im Widerstreit verfahrenen Kräfte in einer Synthese zu einer Seite zu vereinen. Das immer sich an Ideen, Tatkraft und gutem Willen in der Diskussion befindet, muß gewandelt werden, für die Organisation auszumachen, wo es den höchsten Erfolg verspricht.

Dazu habe ich die Verhältniswahl als eines der geeigneten Mittel. Denn sie sichert jeder Richtung die Möglichkeit, an der obersten wie an den anderen Leitungen des Verbandes teilzunehmen; jede kann das Verbandsleben ihrer Stärke entsprechend beeinflussen; jeder ist es gegeben, ihre Auffassung in den leitenden Stellen durch seine eigene Vertretung durchzusetzen zu lassen. Dadurch wird endlich der Meinungsstreit nicht verdrängt, was übrigens nicht einmal unüberwindlich wäre, aber er wird lebendig gemacht, in erproblicher Weise gelöst. Er wird nicht mehr demjenigen genötigt oder verdrängt durch das — berechnete oder unterbewußte — bittere Gefühl, daß die Aemtern von unten oben an der Spitze an einer von Verantwortlichkeit oder Unmöglichkeit erzeugten Schwere lasten. Jede der Richtungen wird, wenn in den leitenden Stellen durch die eigenen Vertreter vertreten, von diesen williger die Gründe anerkennen, die die Haltung dieser oder jenes Beschlußes bestimmt haben. Das alles schon wäre genug Gewinn, die Einführung der Verhältniswahl zu rechtfertigen. Doch es sprechen noch andere Gründe dazu, besonders jetzt in unserer bewegten Zeit, die die besten Kräfte, intelligentesten Köpfe und gute Ideen, wo immer sie sich finden, zusammenzuführen heißt.

Unsere Zeit heißt besonders für die Arbeiterorganisation, die das erste Stadium der Jugendzeit durchläuft, der die Schwermütigkeit, aber auch die reiche geistige Tatkraft, unerschöpfliche Enthusiasmus, hohe Begeisterung, ja, fast nichts kann, jugendliche Selbstverleugung, die freudig von neuen Erfindungen und ausgereinigten Meinungen begeistert werden, befruchtet, erfolgreich gemacht werden sollen. Diese beiden Eigenschaften gedeihen vornehmlich in lebendiger Stimmung, um nicht zu sagen in der Aktivität, jene eher anhaltend ist. Die innigste Verbindung dieser beiden Eigenschaften ist für eine Organisation wie die unsere, die neue Bahnen suchen und auf ihnen marschieren, von größter Wichtigkeit. Nun kann man meinen, daß diese Verbindung auch jetzt schon ohne Verhältniswahl, möglich ist. Gewiß. Eine feste Hand hätte jetzt schon die besten

der Stürmer und Dränger in Reich und Reich für leitende Stellen ausgewählt, um ihnen hier, wo Erfahrung und Verantwortung sehr mitbestimmen, Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie zu leisten oder nicht zu leisten vermögen, hätte längst schon der Opposition durch Vertiefung ihrer besten Seele Würde und Würde der verantwortungstragenden Stelle zugesprochen. Welche Nutzen aus einer solchen Verteilung der Last spricht, dafür liefert die englische Geschichte der Weisheit in Menge. Fast jede der Regierungen Englands hat es sich angeeignet sein lassen, durch Vertiefung der Opposition, durch freiwillige Aufnahme von frischem Blut aus den unteren Schichten des Volkes die Staatsmaschine stark, elastisch, den Unbilden der Zeit widerstandsfähig zu machen. Aus wohlverstandener Eigeninteresse natürlich. Auch die Volksmasse hat dabei gewonnen. Der Arbeiterbewegung könnte eine Weisheit, wie sie englische Staatslenker so oft bewiesen, zu hohem Segen gereichen. Insofern scheint diese staatsmännische Eigenheit auf dem Boden der Arbeiterbewegung in vertieft dämmen. Halmen zu sprechen. Es wird behauptet, daß hier die Reigung frisches Blut zu den oberen Stellen zuzulassen, verschwindend gering sei neben dem Bestreben der Jn zu zucht. Das dies für unsern Verband zutrifft, glaube ich bis zum Beweis des Gegenteils bestreiten zu müssen. Von anderen Teilen der Arbeiterbewegung ließ man allerdings Personen anzuführen, die demassen Mandate und Pflichten auf sich gehockt haben, doch sie einem wahrhaftigen Kammur gleichen, wodurch, wie leicht begreiflich, den jungen Talenten, die sich im Schoße der Bewegung bilden, der Aufstieg zu nützlicher Verwendung ihrer Fähigkeiten erschwert, wenn nicht gar verwehrt wird. Dieser Zustand gebiert viel Unstimmigkeiten und St. it. Er könnte auch bei uns einmal dazu führen. Denn scheint es geboten, ihm beizutreten vorzuziehen, indem man die Zulassung frischen Blutes nicht der etwas unsicheren Weisheit leitender Personen überläßt, sondern ihn durch Einsetzung der Verhältniswahl sichert. Sie ermöglicht es auch einen kleinen Kreis, einen fähigen Mann aus Reich und Reich emporzubringen.

Reiche Erfahrung und ausgeprägtes Verantwortungsgefühl, beides Ergebnisse einer langen Amtstätigkeit, erinnern ihre Träger an die Entpflichtung des teuren Lehrgeldes und an die Stunde der Rechnungsablegung. Diese Erinnerung läßt, wenn nicht durch Gegenwirkung paralytisiert, den Schritt bedächtig werden, ist geeignet, den Geist und Tatkraften hohem Fluge abhold zu machen. Entschlüsse und Ideen erhalten ganz unwillkürlich einen Stich ins Konervative oder zeigen das Streben nach einem Wege, den viele nicht mitmachen zu können glauben. Ob diese Reigung bei uns wirklich vorhanden ist, spielt hier keine Rolle. Genug, daß der Glaube an ihr Dasein durch die Medien und Entschlüsse der Opposition quillt und in der Folge Mißtrauen gebiert. Dem läßt sich leicht dadurch entgegenwirken, daß der Richtung, die solchen Glaubens ist, die Kräfte zu unseren Vorstandskammern und Kongressen weit geöffnet werden, damit sie die beste Gelegenheit haben, durch schöpferische Taten darzutun, daß sie eine gesündere Reigung, einen kürzeren Weg zu dem allen gemeinsamen Ziele beifügen. Und wenn ihnen der Beweis gelingt, so wird es uns allen zum Vorteil gereichen.

Die Verhältniswahl ist übrigens auch geeignet, unsere Verbandsstätigkeit in ruhigere, gleichmäßigere Bahnen zu bringen. Wie sich auch immer das Stützverhältnis der Richtungen von einer Wahl zur andern, von einer Generalversammlung zur andern wandeln mag, die Wandlung in der Vertretung oder Leitung der Organisation wird schließlich eine richtungsgemäße, sondern immer nur eine verhältnismäßige, teilweise sein. Die Spannung auf das Ergebnis der Wahlen oder Beschlüsse wird geringer sein als heute. Der Wechsel in den leitenden Stellen wird sich, wenn überhaupt, schrittweise vollziehen. Die alten Beamten werden mit ihrer teuren Erfahrung und Geschäftskennntnis die neuen empfangen, einfließen, gemeinsam mit ihnen weiterarbeiten sich gegenseitig befruchten. Ueberstürzte Handlungen werden dadurch vermieden. Gelingt es den Neueren, zu der vorhandenen (oder gemutmaßten), in langen Dienstjahren erworbenen Beschäftigung fähigen Wagemut, beherrschte Tatkraft und frische Begeisterung zu fügen, so kann das uns allen zum Nutzen sein. Dann heißt ihnen wie der ganzen Mitgliedschaft.

Und nun noch einen, und das keinen unwichtigen Grund, der für die Verhältniswahl und die Vermehrung der Vorstandsmglieder spricht. Durch die Möglichkeit, daß die Opposition an der Leitung unten und oben teilnehmen kann, wird die Verantwortung auf alle Schultern verteilt. Welche Richtung auch immer einmal die Mehrheit der Mitgliedschaft mustert, sie wird sich glücklich preisen, wenn die Minderheit die Würde der Verantwortung mitträgt, zumal in allerhöchster Zeit, die dem stärksten Arbeiterverband der Welt Arbeiter von einer Schwere, Pflichten von einem Umfang, Schwierigkeiten von einer Höhe, Verantwortung von einem Gewicht bringt, die der Mutigsten zaghaft machen könnte. Jede Richtung wird dem Schicksal danken, wenn sie die schwere Würde, nicht allein zu tragen hat.

Damit sei es des Begründens genug. Ich mag die Sache dreht und wenden wie ich will: von der Verhältniswahl im Verein mit der Vermehrung der Vorstandsmitglieder kann ich mir nur Gutes vorstellen. Sie ist eines der besten Mittel, das uns aus dem vorrangigen Bruderstreit erfüllten Ergriff zu führen vermag. Aus diesem endlich herauszukommen, ist für alle Richtungen von höchstem Belang. Aus ihm heraus zu sehen, das ist für mich gewiß, alle Seiten. Der Metallarbeiter-Verband muß es wagen, Neuland zu betreten. Ob es jüngerer ist als das Mandat, hängt von uns ab. Die stärkste Arbeiterorganisation der Welt ist — als erste — bemüht, den Versuch zu unternehmen. Um alles auf, um den revolutionären Weltanschauung der Massen zu brechen, ihre bisherige Herrschaft aufrecht zu erhalten. Sie muß den Mut haben, ein vorbildliches Beispiel zu schaffen. Größe verpflichtet!

Diskussion an seine lieben Freunde

Folgendes Rundschreiben ist auf unsern Tisch geworfen:

Lieber Freund! Frankfurt a. M., 2. 6. 1910. Die gegenwärtigen Erscheinungen im Gewerkschaftsleben erfordern unsere volle Aufmerksamkeit. Die Legion und Gen. — und mit ihnen ihre Tausende von angelegten Vertreter im Lande — bieten alles auf, um den revolutionären Weltanschauung der Massen zu brechen, ihre bisherige Herrschaft aufrecht zu erhalten.

Auf den verjährten Verbandsstagen ist ihnen dies auch noch in den letzten Wochen gelungen. Es ist sehr merkwürdig, die geringe Opposition festhalten zu müssen, die sich u. a. auf den letzten Verbandsstagen der Bauarbeiter und Schneider zeigte.

Demgegenüber erfordert der bevorstehende Verbandsstag der Metallarbeiter (stattfindend in Reich) doppelt Interesse. Es handelt sich dabei:

1. um eine Gewerkschaft, die heute rund 1.200.000 Mitglieder zählt,
 2. um eine Organisation, in der unsere Genossen schon seit Jahren mit wachsendem Erfolge um die Mehrheit ringen.
- Der diesjährige Verbandsstag wird zu einer Kraftprobe werden. In den einzelnen Bezirken sind Bezirksleiter und Ausschüsse mit Hochdruck dabei, die Stimmung im Sinne des Hauptvorstandes (der

ste dienen) zu beeinflussen. Die zurzeit stattgefundenen Wahlen zum Gewerkschaftskongress haben dies zur Genüge bewiesen.

Doch damit nicht genug. Am 15. d. M. findet eine Konferenz sämtlicher deutschen Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes statt, um Stellung zu nehmen zu den „inneren Unruhen“ des Verbandes, das heißt den Entlassungen von Verbandsangehörigen, die unsere Kollegen in Stuttgart und anderen Orten vorgenommen haben, weil die Betroffenen das Vertrauen der Kollegen dieser Orte nicht mehr fanden.

Diese Konferenz der Bevollmächtigten soll natürlich die „Stimmung“ erleiden zum kommenden Verbandstag.

Auf diese und andere Symptome müssen unsere Genossen, die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, aufmerksam gemacht werden.

Zu den nächsten Wochen kommt das Wahltroglament zum Verbandstag der Metallarbeiter heraus. Dabei ist zu beachten:

Verwaltungstellen, die über 2000 Mitglieder zählen, wählen auf je 2000 Mitglieder einen Delegierten; soweit Verwaltungstellen keine 2000 Mitglieder zählen, wählen kleinere Verwaltungstellen gemeinsam ihre Delegierten.

Unsere Genossen haben frühzeitig die Kollegen aufzurütteln und bei den Vorbereitungen zur Delegiertenwahl (Stellung zum Verbandstag, Anträge etc., Aufstellung der Kandidaten usw.) auf dem Posten zu sein.

Soweit mehrere Verwaltungstellen gemeinsam Delegierte wählen, müssen sich unsere Genossen vorher (frühzeitig) über Kandidaten-vorschläge miteinander verständigen.

Weshalb wir diese Zeilen an euch richten?

Dringend bitten wir Dich, doch sofort mit zuverlässigen Genossen der U. S. P., die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, in Verbindung zu treten, mit ihnen vorstehendes durchzusprechen und sie anzuhalten, das ihrige zu tun. Alle Kräfte innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes müssen in den kommenden Wochen und Monaten vereint werden, um dem „Ansturm“ der anderen Seite erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Dringend bitten wir ferner, uns von eurem Orte eine zuverlässige Adresse von einem der dortigen Genossen aus Metallarbeiterkreisen (es müßte natürlich schon ein durchaus zuverlässiger Genosse sein, der auch gleichzeitig Einfluß im Metallarbeiter-Verbande ausüben kann) mitzuteilen. Eventuell kann die Vermittlung etwaiger weiterer Nachrichten ja auch durch Deine Adresse geschehen.

Bei eurer Rückantwort teilt uns auch bitte mit, wieviel Mitglieder zurzeit die dortige Verwaltungstelle des Metallarbeiter-Verbandes hat, und ob ihr glaubt, daß wir dort eine feste Mehrheit der U. S. P. im Verbande besitzen.

Begehrten bitten wir, uns das Ergebnis der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress von den Metallarbeitern eures Ortes mitzuteilen. Alle Zuschriften bitte ich in obiger Sache zu richten an Karl Veprags, Frankfurt a. M., Hochbachtstr. 40 b.

Mit bestem Gruß!

Kob. Dismann, Frankfurt a. M., Adlerstr. 11.

NB. Dies Schreiben behalte in Deinen Händen (in persönlicher Beziehung vertraulich behandeln). Sachlich muß es natürlich mit zuverlässigen Genossen des Metallarbeiter-Verbandes durchsprechen.

Es stimmt, daß auf den während der letzten Monate abgehaltenen Verbandstagen verschiedener Gewerkschaften die sogenannte „Opposition“ ziemlich abgefallen ist. Jetzt steht sie ihre Forderungen auf unsern Verbandstag. Dabei wissen ihre Anhänger sehr wohl, daß sie auf eine wirkliche Mehrheit in unseren Reihen nicht rechnen können. Sie hoffen jedoch, daß ihre eigene Dreißigkeit und die Gleichgültigkeit bei der großen Masse der Verbandsmitglieder ihnen zu einem Erfolge verhelfen werde, der ihnen nach ihrem wirtlichen Zahlenverhältnis im Verbands nicht gebührt. Dismann gilt bei der U. S. P. als „Autorität“ in Gewerkschaftsangelegenheiten und ist der Hauptorganisator der Streitigkeiten, die Gewerkschaften — und besonders der Deutschen Metallarbeiter-Verband — vollständig in die Hände der U. S. P. zu bringen und ihre Gesetze den politischen Zwecken der U. S. P. dienlich zu machen. Daß solche Bestrebungen vorhanden sind, wußten wir längst. Dieses Schriftstück liefert den Beweis, gegen den jeder Ablehnungsversuch vergeblich ist. Daß dies Rundschreiben geheimgehalten werden soll, beweist, daß sein Urheber weiß, daß sein Plan nur durch Ueberumpfung gelingen kann. Jetzt wissen aber alle unsere Kollegen, was beabsichtigt ist. Ihre Pflicht ist nun, bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag nur solche Kollegen zu wählen, die im Deutschen Metallarbeiter-Verband nur gewerkschaftliche Zwecke verfolgen, und nicht Dinge beabsichtigen, die selbst anständigen Mitgliedern der U. S. P. zuwider sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Ferkümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 6. Juli der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Juli 1919 fällig ist.

Einzelne Arbeiterräte aus verschiedenen Orten Deutschlands richten an die Arbeiterausschüsse die Aufforderung, Delegierte zu Berufskongressen zu entsenden, um Stellung zur Sozialisierung einzelner Industriezweige und zentraler Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nehmen. Die Kosten für die Delegationen sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Wir wollen den Veranstaltern solcher Kongresse den guten Glauben, im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln, nicht abspreiben, halten uns aber für verpflichtet, unsere Mitglieder darauf hinzuweisen, daß mit solchen Kongressen weder die Sozialisierung der Betriebe erreicht, noch die Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich geregelt werden können.

Beschlüsse von Berufskongressen haben die Mitglieder und die Funktionäre unseres Verbandes nur dann zu beachten, wenn die Einberufung zu solchen Kongressen durch den Verbandsvorstand erfolgt. Wir ersuchen daher unsere Verbandsmitglieder, die von Arbeiterräten einberufenen Berufskongressen als private Veranstaltungen zu betrachten.

Wichtig! Heizungsmonteure u. Autogenschweißer.

Wir ersuchen die Kollegen, dem Vorstand umgehend mitzuteilen, ob und in welchen Betrieben bei der Autogenschweißerei in den letzten vier Jahren Erfahrungen stattgefunden haben, ob und wieviel tote und Verletzte zu verzeichnen waren.

Das Material soll zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zum Schutze und zur Sicherheit der in Autogenschweißereien beschäftigten Kollegen verwendet werden.

Zum Bezirksleiter für den vierten Bezirk ist der Kollege W. Liebe gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I wöchentlich	II wöchentlich	III wöchentlich	
Angerburg	20	—	—	1. Juli.
Altholz	10	—	—	1. "
Aue	20	15	15	1. "
Burgdorf bei Celle	10	—	5	1. "
Detmold	20	—	5	1. "
Friedland	15	—	5	1. "
Gießen	20	15	15	1. August.
Gutstadt	20	—	—	1. Juli.
Hainichen	10	—	—	27. Beitragswoche.
Hamburg	60	15	15	27. "
Hofmann	10	—	—	1. Juli.
Marne	10	—	—	1. "
Meiße	10	5	5	1. "
Neuruppin	20	—	10	1. "
Odenberg	30	—	15	1. "
Prensch-Cyhan	20	—	—	1. "
Pries	50	—	—	28. Juni.
Rosleben	5	—	5	1. Juli.
Roth a. S.	10	—	5	27. Beitragswoche.
Sensburg	20	—	—	1. Juli.
Senden a. N.	10	—	—	1. "
Wahlungen	10	—	—	1. "
Wehlau	20	—	—	1. "
Wiesche-Steinförde	10	—	—	1. "
Zeusendorf	15	15	15	27. Beitragswoche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Verwaltungstelle Schwennungen: der Schlosser Bruno Leichsenring, geb. am 13. April 1880 zu Silenburg (1818).

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungstelle Lehesten: der Drahtweber Harry Müller, geb. am 18. Januar 1893 zu Lehesten, Karten-Str. 7, wegen unkollegialen Verhaltens.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

von Handarbeitern u. Orthopädiemechanikern nach Stuttgart (St.); von Elektromonteurern nach Danzig (v. St.); von Formern nach Sinn (Mitt.) Fa. Kiefer, D.; von Kesselschweißern nach Düsseldorf (Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik) D.; von Klempnern und Installateuren nach Danzig (v. St.); von Klempnern und Metallarbeitern nach Dresden (Fa. Bollmer Werke) D.; von Metallarbeitern nach Bronzell bei Fulda (Hammerwerk Gutmühl, G. m. b. H.) D.; nach Danzig (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik) v. St.; nach Ohrdruf i. Th. St. u. N.; nach Memmingen (Fa. Schulz) M.; von Schmitz- und Stanzmaschinen, Schlossern, Drehern und Stahlgraveuren nach Zwickau (Fa. Rob. Roitsch) Z.; von Zinnblechmachern nach Regensburg (Fa. Wiedemann) D. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; W. = Mißstände. Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Einträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

An die Verbandskollegen!

Der Raumangel, unter dem die Metallarbeiter-Zeitung schon von jeher geitten hat, macht sich gegenwärtig besonders unliebsam geltend. Unsere Forderung, wenigstens bis zum Verbandstage jodel Papier zugewiesen zu erhalten, daß wir regelmäßig eine achtseitige Nummer herausgeben könnten, ist nicht nur nicht in Erfüllung gegangen, sondern es hat auch noch wegen Papiermangels die Nr. 26 ganzlich ausfallen müssen, und auch für die Zukunft ist die Papierbeschaffung noch keineswegs gesichert. Dieser Zustand ist natürlich jetzt besonders unangenehm, wo das Verbandsblatt den Kollegen zum Meinungsaustausch vor dem Verbandstag zur Verfügung stehen sollte. Es liegen uns schon verschiedene Zuschriften vor, die wir gerne abdrucken würden, wenn wir nur Raum dafür hätten.

Unter diesen Umständen müssen wir alle Kollegen, die in der Metallarbeiter-Zeitung etwas veröffentlichten wollen, ernstlich bitten, zu überlegen, ob ihre Zuschrift überhaupt notwendig ist, sich nur streng an die Sache zu halten und alle Einleitungen wegzulassen und sich möglicher Kürze zu befleißigen.

Auch vermeide man Wiederholungen, wo es nur irgend geht. Werden diese Maßnahme nicht befolgt, so müssen wir uns vorbehalten, nach bestem Ermessen Zusendungen abzulehnen oder sie zu kürzen und nötigenfalls nur gedrängte Inhaltsangaben zu bringen.

Die Schriftleitung.

Berichte

Elektromonteur.

Braunheim. Abkommen zwischen dem Arbeitgeberverband der Elektro-Installationsfirmen in Baden, der Pfalz und den angrenzenden Bezirken und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsvereinigung Mannheim. Die reine Arbeitszeit beträgt in der Woche 46 Stunden. Die Verteilung dieser Arbeitszeit auf die einzelnen Werktage erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Einzelnen mit dem Arbeiterausschuß. Die Arbeitspausen (Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen) gehören nicht zur Arbeitszeit und bleiben bei der Lohnberechnung unberücksichtigt. ... Die Arbeit an einem Orte von den vertragsschließenden Parteien gemeinsam errichtete oder infolge Vereinbarung unter paritätischer Aufsicht gestellte Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, so sind die Arbeitskräfte durch diese zu beziehen. ... Die Lohn ist nach wirklich geleisteter Arbeitszeit zu zahlen. ... Soweit nicht günstigere Abmachungen bestehen, haben die Arbeitnehmer (Arbeiter und Arbeiterinnen) Anspruch auf Urlaub unter Fortzahlung des jeweiligen Verdienstes (1 Tag = 1/10 des durchschnittlichen Wochenverdienstes der letzten

13 Wochen) in folgender Weise: nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 3 Werktage, von 3 Jahren 6 Werktagen, von 6 Jahren 8 Werktagen. Die Wartzeit beginnt mit dem Tage, an dem der Arbeitnehmer 18 Jahre alt geworden ist. ... Die Arbeit wird in Lohn hergestellt. Eine andere Form der Entlohnung ist nach Verhandigung mit dem Arbeiterausschuß zulässig. ... Die Mindestentlohnungsfähige werden wie folgt festgesetzt: Für ungelernete Arbeiter unter 18 Jahren: 60 Pf., von 13 bis 21 Jahren 1,10 bis 1,35 M., über 21 Jahre 1,45 M.; für angelernte Arbeiter einschließlich Arbeiter, Lager- und Magazinarbeiter unter 18 Jahren 90 Pf., von 18 bis 21 Jahren 1,10 bis 1,35 M., über 21 Jahre 1,65 M.; Hilfsmonteure und nicht selbständige Monteur unter 18 Jahren 1 M., von 18 bis 21 Jahren 1,25 bis 1,55 M., über 21 Jahre 1,80 M.; gelernete Facharbeiter in den Werkstätten unter 18 Jahren 1 M., von 18 bis 21 Jahren 1,25 bis 1,80 M., über 21 Jahre 2,25 M.; selbständige Monteur über 21 Jahre 2,25 M. ... Die Fahrzeit gilt als Arbeitszeit; das Jahrgeld wird vergütet. In Orten mit besonderen Leverageverhältnissen außerhalb des genannten Gebietes erfolgt über die Auslösung besondere Vereinbarung unter Einziehung des Arbeiterausschusses. ... Für die in dringenden Fällen geleistete Überzeitarbeit wird für die beiden ersten täglichen Überstunden vor Beginn oder nach Schluß der Arbeitszeit 25 Prozent, für jede weitere Stunde und für Arbeit an Sonn- und Feiertagen 50 Prozent Zuschlag vom Stundenlohn bezahlt. ... Die Arbeiter im ersten, zweiten, dritten und Weihnachtsurlaub beträgt der Zuschlag 100 Prozent. In Betrieben, in denen in Wechselschicht gearbeitet wird, wird für die dritte Schicht (Nachtschicht) pro Stunde ein Zuschlag von 10 Prozent auf den vereinbarten Stundenlohn vergütet. ... Die Wahlen der Arbeiterausschüsse haben ausschließlich zu erfolgen. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dürfen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden. Sie üben ihre Tätigkeit während der Arbeitszeit aus unter Wahrung ihres Verdienstes und Erlaubung sonstiger notwendiger Auslagen, die im Einverständnis mit dem Arbeitgeber erfolgen. Die Entlassung eines Arbeiterausschussesmitgliedes kann nur durch den Leiter des Betriebes oder dessen Stellvertreter ausgesprochen werden, jedoch steht dem Arbeiterausschussesmitglied die Berufung an den Schlichtungsausschuß zu. Ein Arbeiterausschussesmitglied, das entlassen werden soll, hat die Pflicht der Besondereklärung dem Leiter des Betriebes sofort mitzuteilen. In diesem Falle muß die Entlassung bis zur Entfaltung des Schlichtungsausschusses unterbleiben. ... Die Lehrszeit soll im allgemeinen 3 Jahre nicht übersteigen. In den Betrieben, in welchen eine längere Lehrszeit oder Lehrverhältnisse mit besonderer Sachausbildung bestehen, ist auch eine Lehrszeit bis zu 4 Jahren zulässig. Die Mindestentschädigung für Befehlunge wird in gleicher Weise, wie dies in dem örtlichen Lohnabkommen für die Metallindustrie geschieht, geregelt. Jedem Arbeiter wird das nötige Werkzeug kostenlos geliefert. Wird mit Zustimmung der Firma eigenes Werkzeug benutzt, so ist dafür eine Entschädigung zu zahlen, die der freien Vereinbarung unterliegt. ... Dieses Abkommen gilt für alle von den in dem vertragsschließenden Arbeitgeberverband vertretenen Firmen in Mannheim beschäftigten oder von Mannheim auf auswärtige Montageen entsandten Arbeiter. Das Abkommen kann von beiden Parteien an jedem Quartalsersten mit vierwöchiger Frist gekündigt werden.

Feilenhauer.

Weinheim. Lohnabkommen zwischen der Firma Freymann, Feilenfabrik in Weinheim, und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Geschäftsstelle Mannheim. a) Feilenhauer: Unter 18 Jahren im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß nach freier Vereinbarung. Die Lehrszeit beträgt: 90 Pf., von 18 bis 21 Jahren nicht unter 1,20 M., über 21 Jahre nicht unter 1,40 M., Geiger nicht unter 1,50 M. — b) Feilenhauelehrbursche (Maschinen- und Handhauer): im 1. Jahre der Lehre 50 Pf., im 2. Jahre 70 Pf., im 3. Jahre 1 M. — Maschinenhauer: Nach Beendigung der Lehre im 1. Jahre nicht unter 1,60 M., im 2. Jahre nicht unter 1,80 M., bis zum 21. Lebensjahre nicht unter 2 M., über 21 Jahre nicht unter 2,50 M. — Handfeilenhauer: Nach Beendigung der Lehre im 1. Jahre nicht unter 1,20 M., im 2. Jahre nicht unter 1,40 M., bis zum 21. Lebensjahre nicht unter 1,60 M., über 21 Jahre nicht unter 1,75 M. — Feilenhauer: Lehrlinge in der ersten Hälfte des 1. Jahres 80 Pf., in der zweiten Hälfte 1 M., im 2. Jahre der Lehre 1,50 M., im 3. Jahre 2 M., nach Beendigung der Lehrszeit bis zum 21. Lebensjahre 2,50 M., über 21 Jahre 3,00 M. — Für angelernte Arbeiter (gelernete Arbeiter) sind die Entlohnungsfähige um 10 Prozent niedriger als vorstehende Sätze. Die vollen Sätze werden nach vierwöchiger Arbeit bei normaler durchschnittlicher Leistung erreicht. — Für die in dringenden Fällen geleistete Überzeitarbeit wird für die beiden ersten täglichen Überstunden vor Beginn oder nach Schluß der Arbeit 25 Prozent, für jede weitere Stunde sowie für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag vom Stundenlohn bezahlt. Für Arbeiten an gesetzlichen hohen Feiertagen, wie Pfingsten, Weihnachten und Ojtern, beträgt der Zuschlag 100 Prozent. — Das Abkommen tritt rückwirkend mit dem 1. Mai 1919 in Kraft und gilt bis zum 1. Oktober 1919 unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist.

Gold- und Silberarbeiter.

An die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Gold- und Silberarbeiter, Fasser und Graveure. In letzter Zeit werden vom Goldschmiedegewerkschaften Verein Bremen an die Verbandsleitung der Goldarbeiter unseres Verbandes Rundschreiben versandt, worin zur Gründung eines besonderen Verbandes der Goldarbeiter usw. aufgerufen wird. In den Aufforderungen wird behauptet, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Interessen der Gold- und Silberarbeiter nicht in genügender Weise wahrnehme, und dieses nur in einer besonderen Organisation des Berufes erfolgen könne. Die bisherige Entlohnung in der Goldarbeiterbewegung bemisst das Gegenteil. Erst nach Angliederung des früheren Verbandes der Gold- und Silberarbeiter an den D. M. A. konnten für die Goldarbeiter wesentliche Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen werden. Die erst in letzter Zeit in den verschiedenen Hauptorten des Gewerbes zum Vorschein gebrachten Tarifverträge zeigen, daß in der Zentralorganisation in ungenügender Weise die Interessen des besonderen Berufes gemacht wurden. Da die Lehrszeit für kleiner Branchenorganisationen niemals an die der Zentralorganisation heranzuziehen und auch für die Zukunft nicht ändern wird, fordern wir alle Gold- und Silberarbeiter, Fasser und Graveure auf, mit allen Kräften den Versplitterungsverfuchen entschieden entgegenzutreten und alle Kräfte darauf zu verwenden, den letzten Goldarbeiter usw. dem D. M. A. zuzuführen.

Mechaniker.

Hamburg. Die Selben an der Arbeit. Die Herren Bauer und Selms aus Münster und Kump aus Kiel hatten in Hamburg am 15. Juni im Hotel Berliner Hof eine Versammlung einberufen, um eine Ortsgruppe des Bureau mechanikerverbandes zu gründen. Die Redner betonten die Notwendigkeit zur Organisation der Bureaumaschinenmechaniker, um ihre wirtschaftliche Lage zu bessern. Dieses wurde von unseren Kollegen Thormann und Dubc gutgeheißen. Des weiteren gaben die Herren ihren am 29. Mai 1919 in Göttingen vom Verband der Bureaumaschinenmechaniker auf der Bezirksleiterversammlung beschlossenen „Reichslohntarif“ der Versammlung zur Kenntnis. Die Herren waren der Meinung, daß örtliche Tarifabschlüsse nicht zweckdienlich seien. Wie sie aber einen Reichslohntarif zur restlosen Durchführung bringen wollen, darüber bleiben sie eine befriedigende Antwort schuldig, zumal da es ein ganz junger Verband ist, der sich dieses Ziel gesetzt hat. Jeder organisierte Kollege, der lange Jahre in der Arbeiterbewegung steht, weiß, daß zur Durchführung von Verbesserungen im Arbeitsverhältnis mehr gehört als nur ein voller Mund. Ferner behaupteten die Herren, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht in der Lage sei, eine kleine Gruppe wie die der Bureaumechaniker zu helfen, jedoch sie zu auskömmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen kommen. Weil dazu Lehrwerkstätten und die Herausgabe eines eigenen Fachblattes notwendig seien. Diese Behauptungen wurden von den Kollegen Thormann und Dube gründlich zurückgewiesen. In erschöpfender Weise legten sie dar, daß die Bildung von Sondergruppen nur dazu führe, die Kräfte zu zerpfücken, und empfahlen den Versammelten, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, weil nur da ihre Interessen so wahrgenommen werden, wie es notwendig ist. Die Versammlungseinberufer hatten zu Propagandazwecken zahlreiche Abdrücke ihres Blattes Der Büro-Mechaniker verteilt, wofür wir den Herren nur dankbar sein können, denn dadurch sind den Arbeitern die Augen darüber geöffnet worden, was Geistes Kinder die Arbeiterpioniere sind, die hier eine Ortsgruppe ins Leben rufen wollen. Dieses „Fachorgan“ nimmt von Anzeigen, die nur Angelegenheiten der Unternehmer dienen, an denen die Arbeiter gar keinen Anteil nehmen. In Nr. 5 dieser Fachzeitschrift wird eingangs der Reichslohntarif behandelt. Die erste Zeile lautet: „b. = Lohnstarif! Wieviel bittere Stunden hat nicht die Aufstellung und Durchsetzung eines solchen für die Beteiligten. Erbitterte Kämpfe sind in den meisten Fällen ausgefochten worden, bis endlich eine Einigung erzielt wurde.“ Kollege Baechl machte auf den Widerspruch aufmerksam, der zwischen dieser Einleitung und der Auftrachtung der Ortsgruppengründer besteht. Die Herren haben selber zugegeben, daß ihr Verbandung ist und ihre pekuniären Mittel bescheiden sind. Wo also die Rückenstärke liegen soll, die zur restlosen Durchführung der anfänglichen Forderungen notwendig ist, bleibt auf jeden Fall unverständlich. Außerdem wurde festgestellt, daß eine Anzahl der Mitglieder des Verbandes selbst dem Unternehmertreibe angehört; also man sieht, in welchem Fahrwasser sich diese Art von Arbeitervertretung bewegt. Kollege Petersen stellte auch im Verlaufe der Aussprache fest, daß die Gründer der Ortsgruppe des Bureaumechanikerverbandes „Unternehmerbildungs sind, die die Interessen der Arbeiter gar nicht vertreten können und wollen. Petersen forderte die Kollegen, die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören, auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. 40 Mann folgten ihm einmütig, wobei 6 Mann mit den Einberufern der Versammlung zurückblieben und zum Gelegenen hatten, die Ortsgruppe zu bilden und Herrn Malucha als Vorsitzenden auf ihren Schild zu heben.

Metallarbeiter.

Viele der Lohnbewegung in der Nähmaschinen- und Fahrradindustrie. Bereits im Januar wurde zwischen dem Arbeitgeberverband der Metallindustriellen und den beteiligten Arbeiterverbänden — Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Holzarbeiter-Verband und Christlicher Metallarbeiter-Verband — eine Vereinbarung getroffen, deren wesentlicher Inhalt eine Regelung der Mindestverdienste auf der Grundlage eines Mindestlohnes von 1,40 M für gelernte Facharbeiter, 1,25 M für angelernte Facharbeiter über 18 Jahre und 70 S für Arbeiterinnen über 18 Jahre war. Ferner erfolgte eine bestimmte Regelung der Stundenlöhne für Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie Festsetzung von Durchschnittslöhnen für die Lohnarbeiter, eine Vergütung für Ausfertigung insolge von Stoffen- oder Materialmangel, und ferner wurden die bisher gezahlten Leertungs- und Kinderzulagen in die Vereinbarung mit übernommen. Diese Vereinbarung war bis zum 30. April d. J. in Geltung und sollte durch Verhandlungen des Schlichtungsausschusses durch eine neue Vereinbarung ersetzt werden. Die Mitglieder der genannten drei Arbeiterorganisationen nahmen in Vertretungsmänner- und Arbeiterausdeputierungen sowie in einer kombinierten Mitgliederversammlung zum Ablauf der Vereinbarung Stellung und beauftragten die Verbände mit der Einreichung neuer Forderungen. In den ersten Verhandlungen wiesen die Unternehmer darauf hin, daß sowohl die Betriebe der Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie als auch die Betriebe der Holzindustrie, wie auch die gleichen Betriebe der Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie, erheblich billiger produzieren und niedrigere Löhne zahlen, ferner, daß in verschiedenen fremdländischen Staaten, so in Italien und Frankreich, Nähmaschinenfabriken eröffnet würden, um den deutschen Wettbewerb aus dem Felde zu jagen. Entsprechend diesen Darlegungen waren natürlich auch die Forderungen gehalten. In vier überfüllten Versammlungen nahmen die Kollegen den Bericht von den Verhandlungen entgegen und erklärten, daß, falls bis zum 12. Mai die Verhandlungen nicht ein restloses Einsehen auf die Forderungen der Arbeiter zeigten, am 13. Mai die Arbeit niedergelegt werden solle. Die Verhandlungen führten zu einer Vereinbarung, die unter anderem folgende Bestimmungen enthält: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Die Ferien betragen für jedes Kalenderjahr eine Kalenderwoche. Während ihrer Dauer werden die Mindestlöhne gemäß folgenden Stundenlöhnen:

Table with 6 columns: Lohnklasse, 18-21 Jahre, ab 21-25 Jahre, über 25 Jahre, and two sub-columns for Mindestlohn and Stundenlohn.

Arbeiter unter 18 Jahren erhalten durchschnittlich 5 bis 10 S die Stunde mehr. Bezahlung wird ausgezahlt. Der in den einzelnen Abteilungen als gelernter, angelernter und Betriebshilfsarbeiter und sonstiger Angelernter zu betrachten ist, wird durch die Betriebsleitung in Verbindung mit dem Arbeiterausschuss festgesetzt. Wird keine Einigung erzielt, so entscheidet der Schlichtungsausschuss für die Metallindustrie. In besonders geeigneten Fällen wird der Stundenlohn durch die Betriebsleitung in Verbindung mit dem Arbeiterausschuss bestimmt. Die befristete Arbeitsdauer werden so weit angeordnet, daß die Möglichkeit der unter 3 befristeten Gruppe der Lohnarbeiter erreicht werden können. Einzelarbeiter entgegen Leistungsfähigkeit, die im normal angelegten Mindestlohn gegen den Mindestlohn ihrer Klasse zurückfallen, können keine Aufwertung ihrer Mindestlöhne beanspruchen. In die entsprechenden Arbeitsverträge und Arbeitsbedingungen sind die Leertungszulagen einzutragen. Die bisherigen Kinderzulagen bleiben bestehen. Die Vergütung für Ausfertigung bleibt in der bisherigen Höhe und Höhe bestehen bis zum 1. Juli 1919. Unter der Voraussetzung einer Weiterzahlung wird verhandelt. Der Betrag gilt mit festgesetzter Kündigung zum Monatslohn. Sollten die Kollegen der Betriebsleitung sich gegenüber stellen, so dürfen die Leertungszulagen nach vorzeitiger Kündigung abgezogen werden. Am 13. Mai fanden neun Mitgliederversammlungen statt, die nach dem Teil nachfolgender Beschlüsse der Versammlung zusammenfassen. Alle Vertreter der Verbände, wie auch die Vertreter der Unternehmer, haben verbindlich erklärt, daß

die Mindestlöhne nicht als Höchstgrenze des Verdienstes, aber auch nicht als Durchschnittslöhne zu betrachten seien. Sie sollten Geltung haben für einen Arbeiter von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit. Dagegen soll für den Qualitätsarbeiter bei Motorarbeit die Möglichkeit gegeben sein, über den Mindestlohn bei entsprechender Festsetzung der Abschlagspreise zu verdienen, dagegen soll der minderleistungsfähige Arbeiter nicht beanspruchen dürfen, daß er einer höheren Motorarbeit für die gleiche Arbeit befähigt, wie er für seine Motorarbeit festgelegt ist. Dasselbe trifft zu für den Lohnarbeiter, der entsprechend seiner Leistungsfähigkeit über den Mindestlohn bezahlt werden kann. Die Auslegung der Vereinbarung bezüglich der Motorarbeiten führte zu erneuten Meinungsverschiedenheiten infolge, als die Unternehmer auf dem Standpunkt blieben, daß für jede Altersklasse und Berufsgruppe ein besonderer Abschlag festgelegt werden dürfe. Das hätte praktisch bedeutet, daß die Arbeiter, die noch keine 25 Jahre alt sind, zu billigeren Abschlägen hätten arbeiten müssen als die älteren Kollegen. In einer Erläuterung wurde festgelegt, daß grundsätzlich für jede Stundearbeit nur ein Abschlag gilt, der auf der Grundlage von 2 M für gelernte, 1,85 M für angelernte Facharbeiter und von 1,75 M für Betriebshilfsarbeiter aufzubauen ist. Arbeiten geringerer Art sollen in Zukunft nur von jüngeren Arbeitern hergestellt werden, damit die Mindestlöhne von den älteren Kollegen im allgemeinen erreicht werden. Der große Erfolg der Vereinigung liegt aber nicht nur in der materiellen Verbesserung unserer Kollegen, sondern in erster Linie in der Lösung eines gewissen sozialpolitischen Problems infolge, als durch diese Vereinbarung die Frage der Ferien in eine von den bisherigen Gepflogenheiten abweichende Bahn geleitet wird. Während in fast allen Vereinbarungen eine Aufhebung der Feriendauer entweder nach dem Alter oder nach der Beschäftigungsdauer erfolgt, bekommen hier sämtliche Arbeiter, unbestimmt dauer, wie alt sie sind und wie lange sie in den einzelnen Betrieben beschäftigt sind, die gleiche Ferienzeit zugewilligt. Das hat zur Folge, daß die Arbeiterschaft ähnlich, wie das in früheren Jahren befristet war, in der Lage ist, gemeinsam in diesen oder jenen Orten oder Gegenden die Ferienzeit zu verbringen, Wanderungen oder besprechende Ausflüge zu veranstalten, Gemeinschaftsgefühl und harmonisches Zusammenwirken wird zweifellos eine erhebliche Stärkung erfahren. Ein weiterer wesentlicher Erfolg ist der, daß die Spannung der Verdienst- und Lohnfrage zwischen den einzelnen Berufsgruppen verhältnismäßig herabgemindert wurde. War es doch eine der Hauptaufgaben der Bewegung, dafür zu sorgen, daß die am schlechtest bezahlten Arbeitergruppen einigermaßen Schritt halten konnten mit den Verdiensten der besser bezahlten Arbeiter. Auch diese Absicht ist erreicht, wenn man bedenkt, daß die Spannung zwischen den Stundenlöhnen der gelernten und der ungelerten Arbeiter nur 20 bis 25 S beträgt. Auch bei dieser Bewegung wurde wieder die Frage aufgeworfen, ob es nicht richtig wäre, für die Fahrrad- und Nähmaschinenindustrie zentrale Abmachungen zu treffen, um so eine Gleichmäßigkeit in der Bezahlung sowohl wie in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppe überhaupt herbeizuführen. Bei dem scharfen Konkurrenzkampf, der uns in Zukunft in der Exportindustrie bevorsteht, würde eine für alle Orte im wesentlichen gleichlautende Abmachung höchst bedeutungsvoll und vorteilhaft sein.

Hamburg. Wieder einmal gärt es im Ruhrgebiet. Es ist jedoch zweifellos, wenn Unruhen ausgebrochen sind, nach Schuldigen zu suchen; zweckmäßiger ist es schon, vorher einmal die Frage zu erörtern: Wie ist dem vorzubeugen? Da läßt sich denn oft feststellen, daß Ausbrüche der Verzweiflung über Verhältnisse die Ursache sind, die nicht mehr zu ertragen sind. Fast überall steigen die Preise der notwendigsten Bedarfsartikel. Kartoffeln kosten zum Beispiel 45 M der Zentner, ein halbwegs anständiger Angus, der vor vier Wochen noch für 250 M zu haben war, kostet jetzt 550 bis 600 M. Anhaltend werden die Preise in die Höhe geschraubt, wird dem Arbeiter das Fell über die Ohren gezogen. Niemand schreit da über Ratsche. Das Geschrei fängt erst an, wenn die Arbeiterschaft, gezwungen durch die Verhältnisse, dazu übergeht, Lohnforderungen zu stellen, und nachdem diese abgelehnt oder in ganz ungenügender Weise bewilligt worden sind, die Arbeit verweigert. Dann erst werden auch die Behörden aufmerksam und wissen meist nichts Besseres zu tun, als durch Belagerungszustand und Militär den letzten Rest von Vertrauen zur Regierung zu vernichten. Man täusche sich doch auch darüber nicht hinweg, daß hier im Herzen des deutschen Wirtschaftslebens, wo bis zum 2. November die Welt der großindustriellen Unternehmertums am kräftigsten herrschte, dasselbe Unternehmertum über Nacht kein anderes geworden ist. Mit einer Dürftigkeit, die nicht übertrieben werden kann und die äußerst aufreizend wirken muß, begeben man den berechtigten Forderungen der Arbeiter: „Streiken Sie doch, meine Herren, Sie tun uns damit nicht wehe!“ Es häufen sich die Fälle, wo Betriebsleiter nicht mit den Betriebskommissionen der Belegschaft verhandeln, sie nicht anerkennen wollen, und erst durch nachträgliche Maßnahmen der Belegschaft dazu gezwungen werden müssen. Nimmt es da Wunder, wenn sich innerhalb der Arbeiterschaft der Gedanke festsetzt, es werde von der Unternehmung passive Resistenz geübt, man wolle die Arbeiterschaft zur Verzweiflung treiben? Und die Regierung sieht dem alles tatenlos zu! Wenn man sieht, wie verabschwendlich noch heute in einigen Betrieben mit den Kolonnen umgegangen wird, wie man auf der einen Seite nichts tut, um die Lohnerwirtschaft einzudämmen, wie Milliarden über Milliarden ins Ausland verschleppt werden, und wie auf der einen Seite gesagt wird, wie seien nicht mehr erfindungsfähig, so schreit man den geforderten Sinn der Arbeiterschaft zu tief ein. Diese hat erkannt, wie notwendig es ist, das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, ist aber auch nicht geneigt, selbst zugrunde zu gehen. Sie tritt der Sabotage in ihrer eigenen Reihen entgegen, ist aber auch nicht geneigt, der Sabotage der Unternehmer ruhig zuzusehen. Wenn jetzt die Regierung nicht rasch eingreift, wenn nicht vor allem der Preisstreibern endlich das Handwerk gelegt wird, wird es zu Ausbrüchen der Verzweiflung kommen, gegen die alles Umheil, das wir bisher erlebt haben, ein Kinderpiel war. Noch ist es an der Zeit, dem vorzubeugen, schnell und gründlich muß gehandelt werden, das wertvolle Elend, unter dem die Arbeiterschaft zusammenzubrechen droht, muß schnellig gelindert werden, soll es nicht zu einer Katastrophe kommen, deren Ende und Folgen nicht abzusehen sind.

Eingegangene Schriften (Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Das deutsche Arbeit, Diktoria und Ordnung werden die sozialistische Sozialpolitik retten. Nach einer Rede des Tröpsch auf der Jahreskonferenz der Russischen Kommunistischen Partei in Moskau am 2. März 1918. Verlag Gesellschaft und Erziehung e. V. Berlin 1919. 23 Seiten. Preis 75 S. Arbeitsethik und Arbeitsnot. Was kann uns helfen? Von Ernst Reich, Redakteur am Pariser. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 40 Seiten. Preis 1 M. Der heimatslose Arbeiter ist Deutschlands Zukunft. Die die Förderung der landlichen Kleinrenten und des Kleinhandels und Gewerbes unsere Volkswirtschaft und Ernährung sichern können, um bei uns den härtesten Zeiten der Ernüchterung jetzt und künftig wirksam zu begegnen. Das billige Buchen auf dem Lande. Anleitung zur Errichtung billiger Heimstätten. Erfolgreiche landliche Heimstättenwirtschaft. Rückblicke und Ausblicke eines alten in gemeinnütziger Erziehung und Heimstättenverwaltung. Ein Handbuch für die Heimstättenverwaltung. Herausgegeben von Adolf R. Mohr, mit Beiträgen von Direktor E. Meier. Mit über 100 Abbildungen, 500 Seiten. Preis 3,60 M., gebunden 5,50 M. Leitfaden über das Führen, Schöpfen und Waschen von Stoff und Eisen. Viele Beispiele zur Herstellung praktischer Hilfsmittel von E. Meier. Viele Abbildungen und detaillierte Erläuterung. Verlag von Carl Knaack, Berlin SW. 35, Köpenicker Straße 2. 40 Seiten. Preis 1,20 M.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. Samstag 6. Juli: Augsburg (Spengler), Pring Karl, 7. Womburg, Arbeiterhaus, Thalfstr. 2. Chemnitz (Bauklemmer), Hungerer Restaurant, Augustusburger Str. 9. Göttingen. F. Krause, halb 8 Uhr. Essen (Lehrungsmonteur u. Helfer), Giffelstr. 11, Kastanienallee, 9 Uhr. Kauf (Bayern), Gewerkschaftshaus, Wolgast (Sommer), Schulz, halb 9. Sonntag, 8. Juli: Erfurt (Elektronik), Steiniger, 10. Erfurt (Lehrungsmonteur), Weinmischer Hof, Johannisstr. 74, 10 Uhr. Göttingen (Elektronikmonteur u. Helfer), Mohren, 10 Uhr. Göttingen (Lehrungsmonteur u. Helfer), Pulver, Weingartenstr. 10, 10 Uhr. Neustadt a. S., Bürgergarten, 10 Uhr. Nikolai D.-S., Samtes, 10-12 Uhr. Mittwoch, 9. Juli: Boizenburg a. d. E. Sonne, 8 Uhr. Samstag, 12. Juli: Stahla, Müller, Saalfraße, 8 Uhr. Staßfurt, Fürstehof, 8 Uhr. Triebberg, Schöndach. Tübingen, Hahnen, Markt, 7 Uhr. Dienstag, 15. Juli: Erfurt (Bauklemmer), Forelle, 7 Uhr. Mittwoch, 16. Juli: Leipzig, Volkshaus, Feigestr. 32, 6 1/2 Uhr, Generalversammlung. Donnerstag, 17. Juli: Groß-Räschen, Max Hubert, 6 Uhr. Samstag, 19. Juli: Bunzlau i. Schl., Wintergarten, 8 Uhr. Schmidt, S.-M., Gold, Adler, halb 9. Sonntag, 20. Juli: Sonderburg, Gewerkschaftshaus, 5. Dienstag, 22. Juli: Dessau, Volkshaus, Litzow, 8 Uhr. Generalversammlung. Antrage bis zum 14. Juli an die Ortsverwaltung. Vertrauensleutezusammenkünfte Chemnitz (Weichmetall), Samstag, 12. Juli, abends 8 Uhr, Volkshaus. Angestellte gesucht. Altenburg S.-M. Ein Beamter u. Beamter. Vertraut mit Agitation u. Verwaltungsgeschäften, rednerisch begabt, 5 Jahre Verbandszugehörigkeit. Bewerbungen mit Angabe von Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit und bis 15. Juli an die Ortsverwaltung, Georgstr. 1. Bielefeld. Zum zweiten Geschäftsführer wurde der Kollege Wich Sauer (Witten a. Ruhr) gewählt. Allen übrigen Bewerber besten Dank. Göttingen. Magern - Sackbawallen. Albrecht Kraut, Feiler, 42 Jahre, Unfall. Staßfurt. Ludwig Stutterheim, Forner, 50 Jahre, Lungenerleiden.

Sonstige Anzeigen

Gesucht tüchtiger Feilenhauer, mehrere Maschinenbauer und ein Sandhauer. Inl. Buchholz Sohn, Feilenfabrik, Kiel. Präzisionsoptiker für fotografische Objektiv gesucht. Voigtländer & Sohn, U.-G. Optische Werke, Braunschweig-Gliesmarode. Graveure für vertiefte Arbeit auf „Formen“ in dauernde Stellung gesucht. Deutsche Zahnfabrik-Gesellschaft Wienand & Comp., Spremlingen bei Frankfurt a. Main.

Tüchtige Maschinenbauer für System „Frowein“ oder „Zentgraf“ werden noch eingestellt. Feilenfabrik G. Wienand, Braunschweig. Tücht. Feilenhauer (Handh.) los. gef. W. Mielche Ww., Altona-Ottens, Koonstr. 20. Waagenhändler a. Reparaturen u. Kaufgeschäften, Waagenbauanstalt, Stralsund. Tüchtige Werkzeugmacher für Schnitt-, Stanz- und Ziehwerkzeuge zu baldigem Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit an „Progress“, Brand 6, Erlangen.

Gesucht ein Formnermeister auf Aluminiumguß, welcher sich speziell mit dem Ausben der Einrichtungen und der Verbesserungen der Arbeitsmethoden bei den Formmaschinen befassen soll. Erfahrung in Bronzeguß erwünscht. Ferner 2 Formner auf Aluminiumguß, die sich als Gruppenführer für Formmaschinen eignen, befähigt sind, die Formmaschinenarbeiter mit Rat und Hilfe zu unterstützen und überall da eingreifen und mitarbeiten können, wo Fachkenntnisse nötig sind. Angebote mit Angaben über Gehalt- und Lohnansprüche, der vorherigen Tätigkeit, nebst Zeugnisauszügen, Alter und Familienverhältnisse, sowie des frühesten Eintrittstermins erheben an Postfach 18a, Zepelinstr. 1, S. m. S. (Abt. Scherer), Friedrichshagen a. Zepelinstr. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.